

Für Ausbildungsplätze – Gegen Ausbildungsplatzabgabe

Daten, Fakten, Argumente

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)
Bereich Berufliche Bildung, Bildungspolitik

Herausgeber	© Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin/Brüssel DIHK Berlin Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29, Berlin Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax: (030) 20308-1000 Internet: www.dihk.de
Redaktion	DIHK – Bereich Berufliche Bildung, Bildungspolitik Anja Schwarz
Ansprechpartner	Dr. Günter Lambertz lambertz.quenter@berlin.dihk.de Markus Kiss kiss.markus@berlin.dihk.de
Stand	Februar 2004

<i>In aller Kürze</i>	1
I. Das spricht gegen eine Ausbildungsplatzabgabe	2
1. Politisch	3
2. Juristisch	4
3. Ökonomisch	5
4. Statistisch	6
II. Das sind die Fakten	7
1. Abgabe steigert Jugendarbeitslosigkeit	8
2. Ausbildung folgt Beschäftigung	9
3. Betriebe finanzieren Ausbildung	10
4. Rückgang trotz Umlage	11
III. Das tun die IHKs für Ausbildungsplätze	12
IV. Das erwarten wir von anderen	14
<i>Offene Fragen zur Ausbildungsplatzabgabe</i>	16

In aller Kürze

- ! Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe führt zu einer schleichenden Verstaatlichung der Berufsbildung. Das bewährte System der betrieblichen Ausbildung blutet aus. Der europäische Vergleich zeigt, dass in staatlichen Ausbildungssystemen die Jugendarbeitslosigkeit höher liegt.
- ! Bei schulischer Ausbildung entfällt die Grundlage für eine Ausbildungsvergütung.
- ! Die Ausbildungsplatzabgabe ist administrativ nicht handhabbar. Eine zentralistische Lösung geht an den Problemen regionaler Ausbildungsmärkte vorbei.
- ! Die Ausbildungsplatzabgabe erfordert einen hohen bürokratischen Aufwand. Zudem müsste künftig mit der Abgabe bezahlt werden, was heute ehrenamtlich geschieht.
- ! Die IHKs werden sich auch 2004 um jeden zum 30. September noch unvermittelten Jugendlichen, der ausbildungsfähig und –willig ist, kümmern. Mit konkreter Hilfe vor Ort ist diesen Jugendlichen mehr gedient als mit einer Ausbildungsplatzabgabe, die ohnehin nur Negatives bewirken kann.
- ! **Je schneller die Ausbildungsplatzabgabe vom Tisch ist, desto besser stehen die Chancen für die Jugendlichen, einen Ausbildungsplatz zu finden!**

I. Das spricht gegen eine Ausbildungsplatzabgabe

1. Politisch:

Ohne Zustimmung des Bundesrats kann die Ausbildungsplatzabgabe nur zentralistisch organisiert werden. Ausbildungsmärkte sind aber regional.

- Eine Zentralinstanz ist nicht in der Lage, auf regionale Entwicklungen sachgerecht und punktgenau zu reagieren.
- Eine neue Mammutbehörde mit Hunderten von Beamten ist ein fragwürdiger Beitrag zur Innovationsoffensive der Bundesregierung.
- Selbst SPD-Politiker, die auf Länderebene Verantwortung tragen, sind gegen eine Ausbildungsplatzabgabe.
- Die Bundesregierung selbst ist gespalten. Es gibt innerhalb der Bundesregierung „keine abgestimmte Position“, wie es in einer Antwort von Bundesbildungsministerin Bulmahn auf eine Kleine Anfrage der FDP heißt.
- 15 Prozent der Jugendlichen, jährlich etwa 90.000, verlassen die Schule ohne einen Abschluss. Daran ändert auch eine Abgabe nichts.

2. Juristisch:

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erlauben keine dauerhafte Erhebung von Sonderabgaben.

- Dauerlösungen, auch in Form einer Stiftung, sind nicht möglich.
- Der Staat darf Sonderabgaben nur in begründeten Ausnahmefällen erheben. Er hat deren Berechtigung regelmäßig zu überprüfen.
- Erforderlich wäre eine „Stand-by-Behörde“, die nur tätig werden dürfte, wenn ein Auslösekriterium erfüllt würde. Die Messlatte müsste tatsächlich erreichbar sein; sonst würde es sich um eine verfassungswidrige Dauerlösung handeln.
- Mit Blick auf Art. 3 GG (Gleichheit vor dem Gesetz) ist der Vorrang für Branchenlösungen, wie ihn Teile der SPD-Fraktion und die Gewerkschaften fordern, fragwürdig.
- Die Abgabepflicht soll an die tatsächliche Ausbildungsleistung anknüpfen. Betriebe, die keine geeigneten Bewerber finden, müssten eine Strafabgabe zahlen, obwohl sie ausbilden wollen.
- Im Zweifel müssten auch Unternehmen in Regionen die Abgabe zahlen, in denen der Ausbildungsmarkt ausgeglichen ist.
- Bedenklich ist auch die Situation jener Betriebe, für deren Qualifikationsanforderungen es keine Ausbildungsberufe gibt. So weist DGB-Chef Sommer darauf hin, dass die Ausbildungsquote des DGB so niedrig sei, da „Gewerkschaftssekretär kein Ausbildungsberuf“ ist. Dieses Argument gilt ebenso für Betriebe mit einem hohen Anteil an Hochschulabsolventen, wie z. B. in der High-Tech-Industrie.

3. Ökonomisch:

Die Ausbildung in Betrieben wird zurückgehen.

- Eine Ausbildungsplatzabgabe wirkt prozyklisch. Der Umlagesatz müsste in Zeiten schwacher Konjunktur und schlechter Firmensituation besonders hoch sein. Zudem belastet sie gerade beschäftigungsintensive Unternehmen, weil sie wie Lohnzusatzkosten wirkt.
- Wird das Angebot an eingekauften Ausbildungsplätzen einseitig nach den Wünschen der Jugendlichen ausgerichtet, wird die Jugendarbeitslosigkeit steigen, da im Zweifel am Bedarf der Unternehmen vorbei ausgebildet wird.
- Das ehrenamtliche Engagement, z. B. von Prüfern und Prüfungsausschussmitgliedern aus der betrieblichen Praxis, wird zurückgehen. Wo Geld fließt, wird auch Geld gefordert.
- Eine Abgabe setzt falsche Anreize für Betriebe. Sie reduziert die Ausbildungsentscheidung zu sehr auf ein rein betriebswirtschaftliches Kalkül.
- Das Einkaufen von betrieblichen Ausbildungsplätzen führt zu Subventionsmentalität und in die Förderfalle: Obwohl immer mehr Geld fließt, gibt es insgesamt eher weniger Lehrstellen. Gekaufte Lehrstellen verdrängen freiwillig angebotene.
- Der „Kauf“ von Ausbildungsplätzen ab dem 1. Oktober wird dazu führen, dass viele Unternehmen erst ab diesem Stichtag Ausbildungsplätze anbieten.

4. Statistisch:

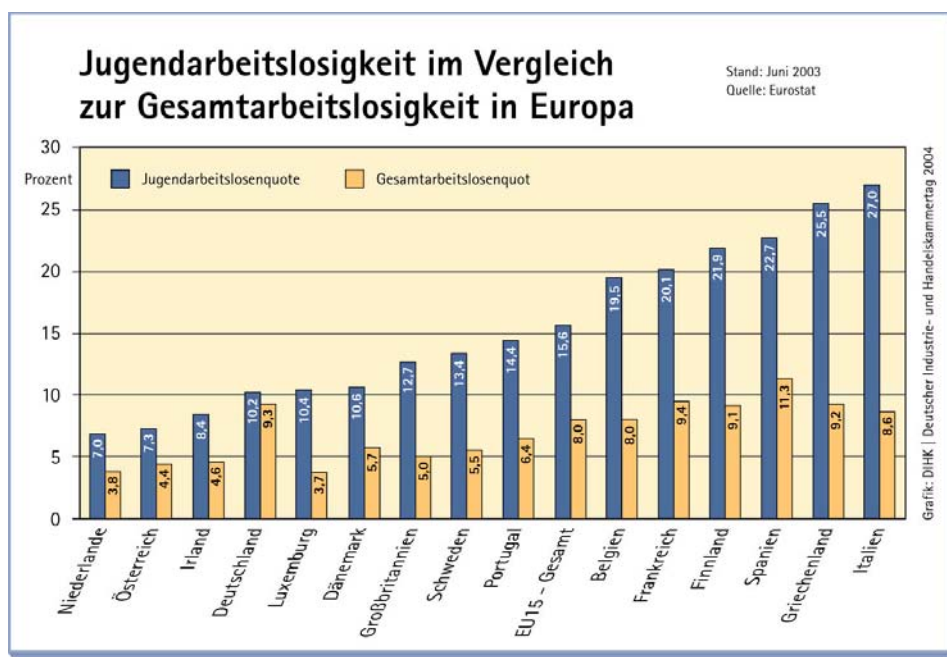
Die derzeitige Statistik der Bundesagentur für Arbeit kann kein Maßstab zur Bewertung des Ausbildungsmarkts sein.

- Selbst in Jahren mit einem sehr hohen Angebot an Ausbildungsplätzen gibt es am Jahresende „unversorgte“ Jugendliche. Die Freiheit der Berufswahl verbietet es, Jugendlichen eine Ausbildung vorzuschreiben.
- Auch Jugendliche in Ausbildung oder in einer Ersatzmaßnahme finden sich in den Statistiken der Arbeitsagenturen, wenn sie ihren Vermittlungswunsch aufrecht erhalten.
- Die Meldung als Bewerber ist eine Voraussetzung zum Weiterbezug von Kindergeld.
- Die Zeit der Ausbildungssuche ist auch für die Rentenberechnung relevant - ein weiterer Fehlanreiz, der die Zahl der unvermittelten Bewerber hoch hält.
- Wenn Bewerber ihre Ersatzmaßnahme abbrechen, gelten sie wieder als unversorgte Bewerber. Mit einem staatlichen Angebot für junge Leute ohne betrieblichen Ausbildungsplatz ist es also nicht getan.
- Selbst wenn Jugendliche wegen mangelnder Vermittlungsbereitschaft aus der Statistik gestrichen werden, können sie sich am nächsten Tag wieder registrieren lassen. Es gibt - anders als bei der Arbeitslosen- oder Schwerbehindertenstatistik - weder Sanktionsmöglichkeiten noch Zumutbarkeitskriterien.

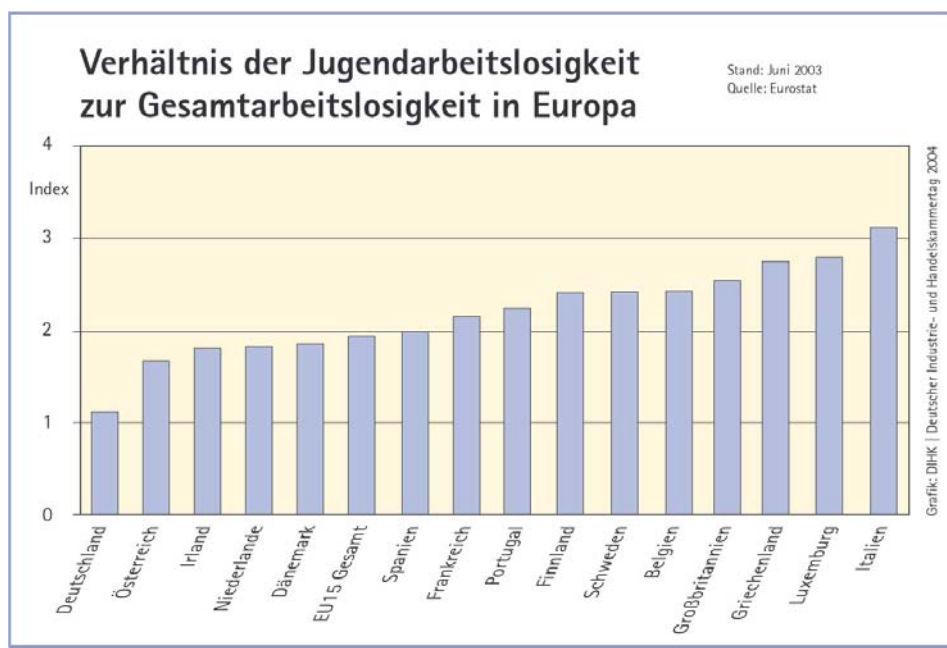
II. Das sind die Fakten

1. Abgabe steigert Jugendarbeitslosigkeit

Im europäischen Vergleich ist Deutschland bei der Arbeitslosigkeit längst kein Musterknabe mehr. Bei der Jugendarbeitslosigkeit hingegen gehört Deutschland mit einer Quote von 10,2 Prozent zu den besten Fünf.



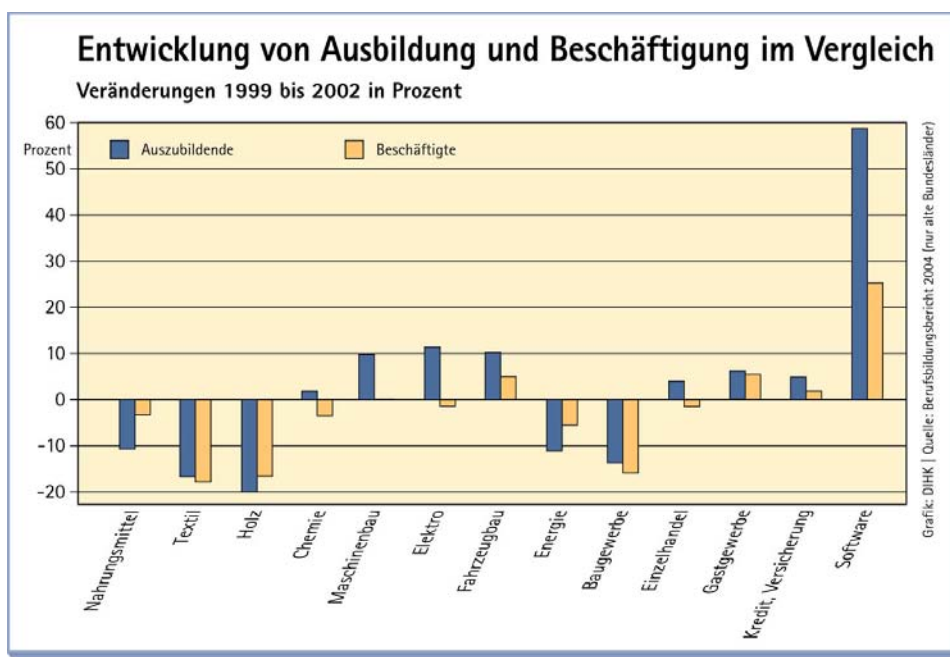
Die Länder mit markant höherer Jugendarbeitslosigkeit haben alle ein schulisches System der Berufsausbildung, das den Übergang von Ausbildung in Beschäftigung erschwert.



zur Grafik: Index = Jugendarbeitslosenquote : Gesamtarbeitslosenquote

2. Ausbildung folgt Beschäftigung

Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze steht in einem engen Zusammenhang zur wirtschaftlichen Entwicklung. Eine erfolgreiche Wachstums- und Beschäftigungspolitik ist deshalb die beste Ausbildungspolitik.

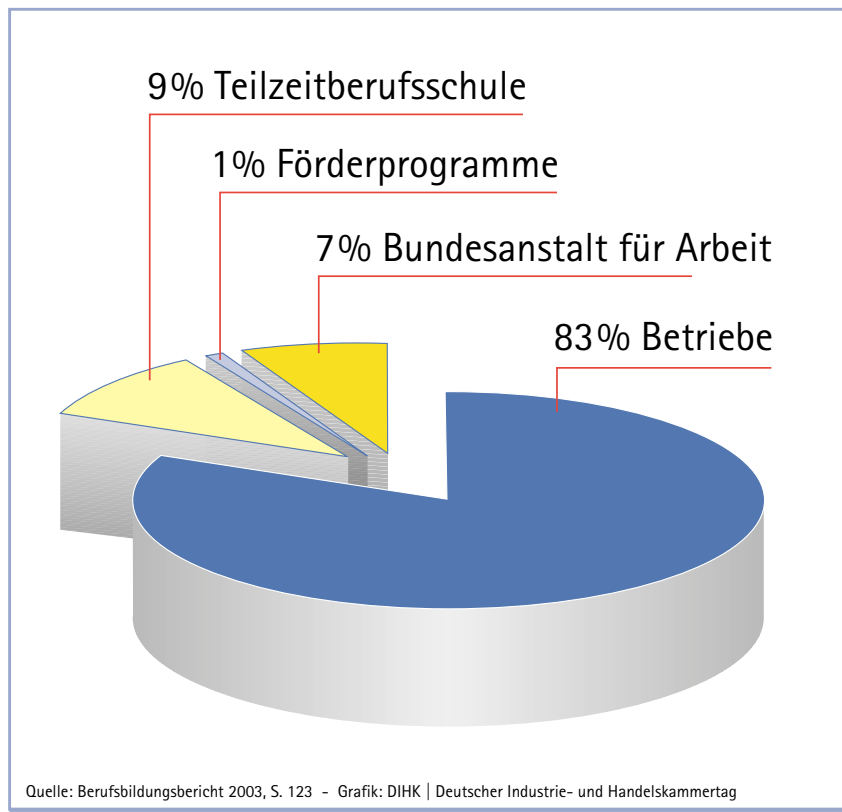


Eine Analyse der Beschäftigtenstatistik nach Branchen zeigt den Zusammenhang zwischen Ausbildung und Beschäftigung überdeutlich. In Branchen mit positiver Beschäftigungsentwicklung ist auch die Entwicklung der Ausbildungsplätze positiv. Negativ ist die Entwicklung der Ausbildungszahlen vor allem in jenen Branchen, in denen die Beschäftigungsentwicklung deutlich nach unten zeigt.

Der enge Zusammenhang zwischen der Beschäftigungs- und der Ausbildungsentwicklung wird sich durch eine Ausbildungsplatzabgabe nicht aufheben lassen. Besonders hoch fiel der Abbau von Ausbildungsplätzen in den letzten Jahren in der Bauwirtschaft aus, die von der Nachfragemisere besonders gebeutelt wurde.

3. Betriebe finanzieren Ausbildung

Die Betriebe tragen bisher schon 83 Prozent der Kosten der Berufsausbildung. So steht es im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung. 9 Prozent entfallen auf die ergänzende Ausbildung in den Berufsschulen und 8 Prozent auf Förderprogramme.



Selbst wenn man von den 28 Mrd. Euro Bruttokosten der Betriebe den Nutzen abzieht, verbleiben Nettokosten von 15 Mrd. Euro. Diese Summe durch eine Umlage bei allen Betrieben - wie in der Bauwirtschaft - zu erheben, erfordert ein Aufkommen, das der Summe aus Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer und Kfz-Steuer entspricht.

Wollte man jeden Ausbildungsplatz mit jährlich 10.000 Euro bezuschussen, ergäbe sich ein Volumen von 17 Mrd. Euro. Das entspricht dem kompletten Solidaritätszuschlag plus der Kfz-Steuer.

4. Rückgang trotz Umlage

In der Bauwirtschaft gibt es seit den 70er Jahren eine Ausbildungsumlage. Sie dient insbesondere der Finanzierung der überbetrieblichen Anteile der Ausbildung in den Bauberufen. Die Intention dieser Selbstverpflichtung entspringt dem notwendigen Eigeninteresse der Betriebe und keiner Versorgungsgarantie.



Alle Baubetriebe müssen eine Umlage von zur Zeit 1,6 Prozent der Brutto-lohnsumme zahlen. Die Ausbildungsbetriebe bekommen einen Teil der Ausbildungskosten erstattet.

Diese Regelung berücksichtigt die Besonderheiten der Ausbildung in der Bauwirtschaft, da auf wechselnden Baustellen ein vorgegebener Ausbildungsplan nicht abgearbeitet werden kann. Eine Verringerung der Konjunkturabhängigkeit - so das Ziel der Bundesregierung - kann damit nicht erreicht werden, wie die Entwicklung der letzten Jahre verdeutlicht.

III. Das tun die IHKs für Ausbildungsplätze

Die IHKs starten eine Lehrstellenoffensive 2004:

- **Die IHKs werben bei den Unternehmen trotz Abgabedrohung für mehr Ausbildungsplätze,**
z. B. werden sie sowohl schriftlich als auch durch individuelle Ansprache alle Ausbildungsbetriebe dazu aufrufen, ihr Ausbildungsengagement nicht einzustellen.
- **Die IHKs tragen dazu bei, dass die Zahl der Ausbildungsbetriebe weiter steigt,**
z. B. sprechen sie zur Akquisition von Ausbildungsplätzen auch ausländische Betriebe und öffentliche Arbeitgeber an. Rund 1.200 ehren- und hauptamtliche Kräfte waren 2003 im Einsatz.
- **Die IHKs kooperieren auf regionaler Ebene,**
z. B. ergreifen sie die Initiative für ein gemeinsames Wirken aller verantwortlichen Akteure, um flächendeckend den regionalen Berufsbildungsdialog zu intensivieren. Bereits frühzeitig arbeiten Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Arbeitsagenturen in den Regionen noch enger zusammen als bei der Nachvermittlung 2003.
- **Die IHKs bieten Alternativen für Jugendliche an, die nur bedingt ausbildungsfähig sind,**
z. B. stellen sie Konzepte zur Einstiegsqualifizierung mit IHK-Zertifikat bereit.

Die IHKs sagen Leistungen zu, ohne Ergebnisse garantieren zu können. Für ein positives Ergebnis braucht es die Anstrengung aller Akteure.

Über die Ergebnisse ihrer Aktionen informieren die IHKs regelmäßig nach vorgegebenen einheitlichen Verfahren. Damit ist für Politik und Öffentlichkeit stets Transparenz gewährleistet.

IV. Das erwarten wir von anderen

Das erwarten wir von anderen

- Die Ausbildungskosten dürfen nicht weiter steigen: Ein Moratorium bei den Ausbildungsvergütungen ist ebenso notwendig wie ein Aussetzen von Übernahmeverpflichtungen.
- Zielgerichtetes Handeln erfordert zuverlässige Indikatoren des Ausbildungsmarktes. Die Bewerberstatistik der Arbeitsagenturen muss mindestens um diejenigen bereinigt werden, die nicht ausbildungsfähig oder ausbildungswillig sind.
- Die Schulen müssen deutlich besser auf die Ausbildung vorbereiten. Die Betriebe sind mit der Behebung schulischer Defizite in der laufenden Ausbildung überfordert.
- Jugendliche müssen sich hinsichtlich ihres Berufswunsches flexibel zeigen. Das Spektrum der 350 Ausbildungsberufe bietet mehr als nur wenige Trendberufe. Von den volljährigen Auszubildenden kann auch räumliche Mobilität erwartet werden.
- Die Bewerber müssen ein Mindestmaß an Aktivität zeigen. Im letzten Jahr erschienen 40 Prozent der unvermittelten Bewerber nicht zu den gemeinsamen Nachvermittlungsbörsen von Arbeitsagenturen und Kammern, in den alten Ländern war es mehr als die Hälfte. Als Konsequenz müssen diese Jugendlichen aus der Bewerberstatistik gestrichen werden.
- Die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen ist auch ein Thema für Eltern: Kinder müssen auf ihrem Weg ins Erwerbsleben verantwortungsvoll und intensiv begleitet werden.
- **Die Bundesregierung muss die Diskussion um die Ausbildungsplatzabgabe schnellstens beenden!**

Offene Fragen zur Ausbildungsplatzabgabe sind u. a.:

- Wie kann eine Behörde, die erst Anfang Oktober wissen soll, ob sie tätig wird, noch im selben Jahr für mehr Ausbildungsplätze sorgen?
- Wird eine einheitliche Ausbildungsquote für alle Branchen vorgegeben?
- Sollen auch Unternehmen zahlen, die nicht ausbilden können?
- Wie werden Betriebe behandelt, die Ausbildungsplätze anbieten, aber keine geeigneten Bewerber finden?
- Wird die Abgabe auch fällig, wenn ein Auszubildender seine Ausbildung abbricht?
- Sollen auch Unternehmen belastet werden, für die es keine Ausbildungsberufe gibt?
- Wird die finanzielle Situation der Betriebe berücksichtigt?
- Wie werden Veränderungen in der Beschäftigten- bzw. Auszubildendenzahl während eines Jahres berücksichtigt?
- In welche Branchen sollen die Zuschüsse fließen: in Branchen mit hoher oder mit niedriger Ausbildungsquote?
- Wie sollen Mitnahmeeffekte verhindert werden?
- Gibt es Zuschüsse nur nach Beginn des Ausbildungsjahres?
- Fließen Mittel aus der Wirtschaft auch in außerbetriebliche Ausbildung?
- Was ist mit dem Geld, das übrig bleibt?
- Entscheiden die unversorgten Jugendlichen über ihren Ausbildungsberuf oder werden Ausbildungsplätze zugewiesen? Welche Rolle spielen dabei Zumutbarkeitskriterien?
- Werden alle Bewerber versorgt, unabhängig von Ausbildungseignung und -willigkeit?